

„Aus der Vergangenheit lernen: Demokratie schützen“

Spätestens seit dem geplanten symbolischen Angriff auf die Paulskirche und ihrer intellektuellen Inbesitznahme durch die Querdenker ... sollte allen klar sein, dass diese Demokratieverhöhner*innen und ihre rechten Mitläufer*innen nichts unversucht lassen, um diesen Symbolbau der deutschen Bürgerrechtsgeschichte erneut „unter umdeutenden Beschuss“ zu nehmen. Wir schauen dabei nicht tatenlos zu, sondern greifen demokratischschützend ein ...

Deshalb bilden wir eine Menschenkette um die Frankfurter Paulskirche, dem Sitz des ersten gesamtdeutschen Parlaments und, zusammen mit dem Hambacher Schloss, Symbol der demokratischen Bewegung in Deutschland. Mit der Menschenkette wollen wir unsere Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, die freiheitliche, parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie proaktiv zu verteidigen.

Wir ziehen das historische Ereignis „Reichstagsbrand von 1933“, das sich ebenfalls an einem 27. Februar ereignete, bewusst als Mahnung und Aufruf aus der deutschen

Geschichte für unseren vorsorglichen Demokratieschutz heran und machen Damals-Heute-Parallelen sichtbar. Denn mit dem in den letzten Jahren stark anwachsenden Rechtsextremismus zeigen sich Gefahren für unsere Demokratie, die uns an die dreißiger Jahre erinnern. Weltwirtschaftskrise, Verelendung und wachsende Unzufriedenheit machten die Bevölkerung damals empfänglich für die spalterischen und Hass erzeugenden Verschwörungslügen der Nationalsozialisten. Auch heute werden wirtschaftliche Unsicherheit, Zukunftsängste, der Zustrom von Flüchtlingen, ja selbst die Corona-Pandemie von Rechtsextremen gezielt genutzt, um Verschwörungsmythen zu verbreiten, Ängste zu schüren und die Gesellschaft zu spalten, wobei sich der Hass nicht mehr nur gegen Juden, sondern gleichermaßen gegen Muslime und andere „fremdartige Gruppen“ richtet.

*Aufstehen gegen Rassismus RheinMain,
Omas gegen Rechts*

Samstag, 27. Februar, 12 - 14 Uhr,
Paulskirche

Fahrraddemo: „Corona – Kapitalismus – Krise“

Für uns ist klar, dass es in einer Pandemie Einschränkungen für alle geben muss um uns und unsere Freund*innen, Familien, Kolleg*innen und alle anderen zu schützen. Ein zurück zur Normalität wie es Querdenken fordert ist kein Fortschritt, sondern ein weiter so mit: Ausbeutung, Verdrängung, Wohnungslosigkeit, Gewalt gegen Frauen* und Rassismus. Es braucht einen solidarischen Umgang und eine kollektive Verantwortungsübernahme.

– Wir fordern Hilfe für alle, die nicht täglich eine Betreuung für ihr Kind organisieren können.

– Wir fordern Hilfen für alle, die prekär, marginalisiert und zurückgelassen werden, anstatt Hilfen für Konzerne, die vor der Krise bereits Milliarden gescheffelt haben. Wenn schon Maßnahmen, dann zu Lasten des Kapitals und nicht zu Lasten der Lohnarbeitenden, d.h. frei bei vollem Lohnausgleich! Und für alle, die ihrem Job

nachgehen müssen, fordern wir wirksame Schutzmaßnahmen auf der Arbeit!

– Wir fordern die Aussetzung der Mietzahlungen!

– Wir fordern die Auflösung aller Geflüchteten-Camps! Bleiberechte für alle Migrant*innen und menschenwürdige, dezentrale Unterbringung für alle!

– Wir fordern die Aufhebung der Patente und einen kostenlosen und zugänglichen Impfstoff für alle!

– Wir fordern ein umfangreiches Rettungspaket für alle!

– Wir fordern, dass die Reichen für die Krise zahlen, denn wer hat der gibt!

Lasst uns unsere Wut über diese Zustände auf die Straße bringen, mit Abstand und Solidarität. Bringt Masken und Fahrräder mit!

ASVI Initiative Aufklärung statt Verschwörungsideologien (asvi.noblogs.org)

Samstag, 27. Februar, 13 Uhr,
Merianplatz

TERMINE

20. Februar Samstag

Sofortige Freilassung von Julian Assange
Mahnwache. Free Assange Frankfurt.
13 - 15 Uhr, vor MyZeil, Zeil 106

22. Februar Montag

***online* Vorbereitung Ostermarsch 2021**
Friedens- und Zukunftswerkstatt
Telefon/ Videokonferenz zur Vorbereitung der Aktivitäten über die Ostertage
<https://zoom.us/j/94213237729>
Schnelleinwahl mobil
+496971049922,,94213237729#,,,,*1871#
Deutschland
Einwahl nach aktuellem Standort
+49 69 7104 9922 Deutschland
Meeting-ID: 942 1323 7729
Kenncode: 1871
18 Uhr

***online* Schwierige Dinge – NS-Raubgut in Privathaushalten**

2018 zeigte das Historische Museum Frankfurt die Sonderausstellung „Geerbt, Gekauft, Geraubt?“, in der die heute noch sichtbaren Spuren des legalisierten Raubs im Nationalsozialismus in Museumssammlungen und in Privathaushalten nachgezeichnet wurden. Im Stadtlabor, das Ausstellungen und Veranstaltungen partizipativ erarbeitet, lag der Fokus auf Gegenständen aus Privatbesitz. Neben Raubgut „aus jüdischem Besitz“ wurden auch „Mitbringsel“ von Wehrmachtssoldaten als „schwierige Dinge“ präsentiert. Begleitend zur Ausstellung fand in Kooperation mit dem Fritz Bauer Institut ein Rechercheseminar statt, bei dem die Besitzer dieser „schwierigen Dinge“ bei ihren Nachforschungen von Fachleuten unterstützt wurden. Für die Teilnehmer war die Auseinandersetzung mit den „schwierigen Dingen“ ein Anlass, sich der eigenen Familiengeschichte zu stellen und ein Gespräch über die Verwicklung der eigenen Vorfahren in den Nationalsozialismus bzw. den Umgang damit in der Nachkriegszeit zu beginnen.

Der Vortrag von Dr. Angela Jannelli und Gottfried Köbler stellt das Projekt vor und zieht eine kritische Bilanz.

18 Uhr, youtu.be/rju6uVry46c

TERMINE

22. Februar Montag

***online* Stadt der Zukunft - Grüne Lunge als Chance**

mit Mike Josef - Planungsdezernent (SPD) / Martina Feldmayer (Bündnis 90/Die Grünen) / Alexis J. Passadakis (Die Linke) / Peter Beckmann (BI Grüne Lunge) / Mira Lauth (Kampagne Grüne Lunge bleibt - Instone stoppen!) / Moderation: Leon Joskowicz
Katholische Akademie im Haus am Dom und AKUT Frankfurter Aktionsbündnis Umwelt
19 - 21, www.youtube.com/watch?v=zjMqJ2C3vB4&feature=youtu.be

23. Februar Dienstag

***online* Jüdisches Leben in Frankfurt: Chancen und Gefahren**

Die jüdische Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt am Main, Petra Kunik, diskutiert mit Andreas Dickerboom (Gegen Vergessen - Für Demokratie) über jüdisches Leben in Corona-Zeiten.

Denn es gibt 2021 Grund zu feiern: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Ein Jahr lang feiern wir diese Vielfalt mit positiven Akzenten, durch die Geschichte, Kultur und jüdisches Leben sichtbar gemacht werden. Zugleich gilt es, dem wiederauflebenden Antisemitismus in Europa entgegenzuwirken.

Petra Kunik wird in der Videokonferenz den Fokus auf das früheste jüdische Leben in Frankfurt richten und einen Bogen bis in die Gegenwart spannen.

18 Uhr, us02web.zoom.us/j/89705512176
Meeting-ID: 897 0551 2176
Kenncode: 494962

***online* Engagement gegen Rassismus und die Rolle der Zivilgesellschaft**

Podiumsdiskussion mit Kai Klose (hess. Minister für Soziales und Integration), Claus Kaminsky (OB Hanau) sowie der Initiative 19. Februar Hanau und dem Verein der Angehörigen 19. Februar Hanau e.V. Rechte Anschläge sind keine Einzelfälle, auch wenn sie von Medien und Politik oft als solche dargestellt werden. Der Täter von Hanau handelte nach einem Weltbild, das Muslime und Menschen mit Migrationshintergrund zu „den Anderen“ macht – ein Denkmuster, das gesellschaftlich weit verbreitet ist.

Welche Verantwortung erwächst daraus für die Zivilgesellschaft und was können wir als Organisationen und Einzelpersonen konkret tun, um dem Hass seinen Boden zu entziehen?

Moderation: Mohamed Amjahid (Journalist) Bildungsstätte Anne Frank
18 Uhr, www.youtube.com/channel/UCErqWWMnmgbXGeHufJgpw1A

***online* Hanau und Halle: ein „Angriff auf uns Alle“?**

Digitaler Fachtag zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Werden die Anschläge von Halle und Hanau als Angriff auf Demokratie und Menschenwürde gewertet? Oder werden Betroffene von rassistischer Gewalt alleine gelassen? Wie gelingt eine pädagogische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), wie sie die Vorurteilsforschung untersucht? Welche Auswirkungen haben die spezifischen Formen Antisemitismus, Antiziganismus und Antimuslimischer Rassismus? Wie kann demokratisches Handeln in Solidarität mit den von Rassismus und Antisemitismus Betroffenen in Bildung und Gesellschaft gestärkt werden?

Diese Fragen werden vormittags in Vorträgen und Diskussionen erörtert und nachmittags in Workshops vertieft. Eine analoge Gestaltung ist leider nicht möglich. Es besteht die Möglichkeit, sich für den ganzen Tag oder auch nur morgens oder nachmit-

***online* Ein Jahr nach Hanau - wie weiter?**

Virtuelles Erzählcafé

Rassistische Anschläge wie in Hanau verändern eine Stadtgesellschaft und werfen Fragen auf. Wie können wir weitermachen? Was muss sich verändern?

In unserem Erzählcafé sprechen Hanauer*innen über die Zeit nach den Anschlägen und über ihre Wünsche und Vorstellungen für eine zukünftige Gesellschaft. Erzählen Sie mit.

Anmeldung bitte bis 24. Februar an: anmeldung@verband-binationaler.de
Bildungsstätte Anne Frank in Kooperation mit dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Freitag, 26. Februar, 19 Uhr

tags digital zuzuschalten. Die Diskussionen am Vormittag werden aufgezeichnet und können auch im Nachgang abgerufen werden.

Programm

10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Panel am Morgen mit einem Impulsvortrag von:

- Andreas Zick, Institut für interdisziplinäre Konflikt und

Gewaltforschung, Universität Bielefeld und weiteren Kurzimpulsen von:

- Samuel Salzborn, Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

- Markus End, Vorsitzender der Gesellschaft für Antiziganismusforschung

- Saba-Nur Cheema, Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt

13.00 Uhr bis 14.00 Uhr Pause

14.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Workshops zu folgenden Themen:

- Antisemitismus

- Antiziganismus

- Antimuslimischer Rassismus

- Solidarität bei rechtem Terror (Initiative 19. Februar)

- Empowerment der Betroffenen von rechtem Terror (Ibrahim Arslan)

16.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Abschluss: Wie weiter?

Bitte anmelden unter: <https://www.seminareonlinebuchen.de/SeminarManagerNet/20796/SMNet/Registration?seminarId=862f469b-2e66-4179-a2bb-a0baac757dae&AspxAutoDetectCookieSupport=1>

Veranstalter*innen: Bildungsstätte Anne Frank, Diakonie Hessen, Haus am Dom – Kath. Akademie Rabanus Maurus, Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main K.d.ö.R., Religionspädagogisches Institut der EKKW und der EKHN, Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Donnerstag, 25. Februar,

10 - 17 Uhr



Anlässlich des Jahrestages des rassistischen Attentats vom 19. Februar 2020 fordern wir die Landesregierung Hessen auf, die Hinterbliebenen und Überlebenden angemessen zu entschädigen – mit unbürokratischen Einmalzahlungen aus einem Opferfonds für Opfer rechtsterroristischer Gewalt. Zusammen mit der Bildungsstätte Anne Frank und der VBGR (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt) starten wir jetzt eine compact-Kampagne – wir brauchen Unterstützung, unterschreibt die Petition!

weact.compact.de/p/hanauopferfonds

8.303 Mieterhöhungen bei der Nassauischen Heimstätte – teilweise um 15%

Es wird Zeit, dass die hessenweiten Mieterhöhungen zurück genommen werden!

Die Nassauische Heimstätte ist mit ca. 60.000 Wohnungen eines der größten Wohnungsunternehmen des Landes und nach eigener Aussage ist sie bisher gut durch die Corona-Krise gekommen. Auf der Seite der Mieter*innen sieht das leider ganz anders aus: Zur ersten Corona-Welle kam auch die erste Mieterhöhungswelle mit 2.303 Mieterhöhungen.

Nun, pünktlich zum zweiten Lockdown, wurde sogar jede zehnte Wohnung teurer: 6.000 weitere Mieterhöhungen wurden ausgesprochen.

Zusätzlich zu Kurzarbeit, Kitaschließung und Angst vor einer Ansteckung mit Corona müssen sich Mieter*innen in Hessen jetzt auch noch Sorgen um ihre Wohnung machen. Betroffen sind Mieter*innen in ganz Hessen. Die Mieterhöhungen betragen bis zu 15% - das gesetzliche Höchstmaß in Frankfurt - und sollen ab 1. März gültig werden.

Die Nassauische Heimstätte ist im Besitz des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt. Als öffentliche Wohnungsbaugesellschaft hat sie eine besondere Verantwortung und muss die soziale Wohnraumversorgung gewährleisten.

Kreuze machen ohne Haken – Projekt Demokratie wählen!

Die VVN Hessem ruft dazu auf, die hart erkämpfte Demokratie an den Wahlurnen zu verteidigen. In einer 28-seitigen Zeitung plädieren zivilgesellschaftliche Organisationen und Prominente dafür, bei der hessischen Kommunalwahl am 14. März 2021 demokratisch gesinnte Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen.

Der rassistische Terroranschlag in Hanau mit neun Toten, der Mord an Walter Lübcke, die Schüsse auf einen Geflüchteten in Wächtersbach: Hessen hat ein massives Problem mit neonazistischer Gewalt. Die rassistische Hetze, die Abgeordnete der AfD und anderer faschistischer Parteien auch in kommunalen Parlamenten verbreiten, bereitet dieser Gewalt den Weg.

Ziel des Projekts „Demokratie wählen!“ ist, die große Vielfalt demokratischer Akteurinnen und Akteure, Initiativen und Organisationen stärker ins Rampenlicht zu rücken.

In seinem Nachwort erläutert Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA, weshalb global diskutierte Probleme wie Rassismus und Neofaschismus gerade auf kommunalpolitischer Ebene angegangen werden müssen: “Wenn Ordnungsbehörden

Mitten im Lockdown die Miete erhöhen? Das geht nicht! Für die Mieter*innen geht es teilweise um mehr als 50 Euro zusätzlich jeden Monat. Wenn zusätzlich modernisiert wird, sind die Mieterhöhungen sogar dreistellig. Das können viele nicht stemmen.

Wir fordern, dass die Mieterhöhungen zurückgenommen werden!

Denn wir finden: Gerade die öffentlichen Wohnungsgesellschaften müssen in diesen wirtschaftlich ungewissen Zeiten dafür sorgen, dass niemand Angst um ihre oder seine Wohnung hat. Weil die Nassauische Heimstätte eine öffentliche Wohnungsgesellschaft ist, bestimmen Politiker*innen wie Tarek Al-Wazir und Peter Feldmann über die Unternehmenspolitik mit und können jederzeit die soziale Kehrtwende einleiten.

Unterstütze diese Petition, wenn du selbst von den NH-Mieterhöhungen betroffen bist oder einfach findest, dass es nicht richtig ist, mitten in der Corona-Krise die Mieten zu erhöhen.

Ab sofort könnt ihr eine Petition unterschreiben und damit die Rücknahme der dreisten Mieterhöhungen fordern:

www.openpetition.de/petition/online/mieterhoehungen-bei-der-nassauischen-heimstaette-stoppen-2

Mietentscheid Frankfurt, 15. Februar

den nicht in der Lage sind, Nazi-Provokationen gerichtsfest zu untersagen oder zu behindern, dann ist das nicht nur Schuld der Bundesgesetze, sondern auch des fehlenden politischen Willens der Verantwortlichen vor Ort.”

Über 60 Autorinnen und Autoren beteiligten sich mit starken, intelligenten, gewitzten, nachdenklichen Beiträgen. Darunter sind Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, studentische Initiativen und Befürworter fairen Handels. Und Prominente wie Peter Fischer, Präsident der Eintracht Frankfurt. “Es ist nur ein kleines Zeichen, dass über 90.000 Mitglieder in meinem Verein gegen diese Rassisten sind. Wir wollen keine Nazis. Wir wehren uns gegen euch, weil wir mehr sind”, steht in seinem Beitrag, der seine Rede vom 22.08.2020 in Hanau wiedergibt.

www.demokratie-waehlen.de

Hier kann auch die Zeitung bestellt werden.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN), Hessen, 10. Februar 2021

TERMINE

23. Februar **Dienstag**

Gedenkkundgebung: Blanka Zmigrod – unvergessen

Blanka Zmigrod wurde am 23. Februar 1992 auf der Kreuzung Kettenhofweg/Niedenu von einem schwedischen Rechtsterroristen durch einen Kopfschuss ermordet. In Schweden hatte der Täter bereits aus rassistischen Motiven auf elf Menschen mit Migrationsgeschichte geschossen. (Mehr Informationen: <http://chnng.it/4z5Bk9Dxr8>)

18 Uhr, Kettenhofweg/Niedenu

***online* „Das Attentag von Hanau. Ein Jahr voll Trauer und Wut“**

Filmgespräch über die Produktion des HR in Zusammenarbeit mit Arte. (Marcin Wierchowski, D 2020)

Der Film steht vor dem Gespräch online zur Verfügung und sollte vorher angesehen werden, (auch in der Arte Mediathek). 19 Uhr, youtube.com/HeinrichBöllStiftungHessen/

***online* Was fällt beim Green New Deal der EU für's Klima ab?**

Attac Jour Fixe mit Hans Möller, Dipl.-Meteorologe, Attac Frankfurt

„Green New Deal“, „Europe Next Generation“ – Mit der Ankündigung dieser beiden Projekte ist die EU-Kommission 2019/2020 propagandistisch in die Offensive gegangen für Klimaschutz und den wirtschaftlichen „Wiederaufbau“ der EU-Wirtschaft. Was verbirgt sich hinter diesen Überschriften? Wie verhalten sich die beiden Projekte zueinander? Was ist vor dem Hintergrund des Schicksals ähnlicher Ankündigungen in der Vergangenheit für die Zukunft zu erwarten?

19.30 Uhr, vk.attac.de/b/han-ye4-tva

24. Februar **Mittwoch**

***online* Freiheit für Mumia Abu Jamal!**

Mumia Abu Jamal sitzt seit seiner Verurteilung 1982, bei der eine rassistische Jury ihn wegen der angeblichen Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner zum Tod verurteilte, im US-Bundesstaat Pennsylvania im Gefängnis. Auf Druck einer internationalen Solidaritätskampagne wurde die Todesstrafe in eine lebenslängliche Strafe umgewandelt. Der Ex-Black Panther Jamal bleibt bis heute eines der prominentesten Gesichter des Kampfs gegen das rassistische Justizsystem der USA.

Michael Schiffmann, Kampagne „Freiheit für Mumia Abu Jamal!“, wird die neuesten Entwicklungen in Mumiias Bemühungen um eine Wiederaufnahme seines Verfahrens vorstellen und über die aktuellen Pläne der Solidaritätsbewegung sprechen. www.unrast-verlag.de/

19 Uhr

Frankfurter Info 4 / 2021, 20. Februar 2021
Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.
Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.
Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto
Verein LAGG, Frankfurter Volksbank,
IBAN: DE28 5019 0000 4302 1745 69
Verwendungszweck: Frankfurter Info
Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelsheim

Redaktions- und Bezugsadresse:
eMail: redaktion@frankfurter-info.org
Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 1. März 2021
Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

TERMINE

25. Februar Donnerstag

***online* Hanau und Halle: ein „Angriff auf uns Alle“?**

siehe Seite 2

***online* Kein Schlusstrich unter den NSU-Komplex!**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Den Forderungen der Betroffenen endlich gerecht werden! Vortrag und Diskussion
- Caro Keller (NSU-Watch)

- Martina Renner (Stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN und MdB)

- Dr. Anna Luczak (Nebenklagevertreterin im NSU Prozess)

- Seyhmus Atay-Lichtermann (Vorsitzender des Rostocker Migrantenrats)

Schwerpunkt der Veranstaltung sind der Jahrestag der Ermordung von Mehmet Turgut am 25. Februar 2021 und die Frage danach, wie die Forderungen des bundesweiten Tribunals „NSU Komplex auflösen“ vom Mai 2017 umgesetzt werden können.

Hinterbliebene und Überlebende der NSU-Mord- und Anschlagsserie sowie Unterstützer*innen betonen: Wir fordern ein würdiges Gedenken an alle Opfer rassistischer Gewalt! Wir fordern, das Versprechen der lückenlosen Aufklärung einzulösen! Wir fordern: Schluss mit der Verharmlosung von rechtem Terror durch staatliche Ämter und sogenannte Expert*innen!

Vier Jahre später und anlässlich des 10. Jahrestags der Selbstenttarnung des NSU im November 2021 wollen wir darüber sprechen, wo wir heute stehen.

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V und der Initiative „Mord verjährt nicht!“ zusammen mit der LOBBI, dem Rostocker Migrantenrat und dem Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“

Die Veranstaltung wird auf dem Youtube-Kanal der RLS MV übertragen.

26. Februar Freitag

***online* Ein Jahr nach Hanau - wie weiter?**

19 Uhr

siehe Seite 2

***online* Polizeiproblem - Vom Anfang und dem Ende der Polizei**

In diesem Vortrag greift Pups Bakunin aktuelle Bedenken und Kritikpunkte an der Polizei auf und nimmt seine Zuhörer:innen mit auf eine Zeitreise.

Rassistische Polizeigewalt, Nazi-Chats, Polizeigesetz – täglich gibt es verstörende Nachrichten, Skandalmeldungen und schockierende Bilder und Augenzeugenberichte zum Verhalten der Polizei. Dennoch bleibt das gesellschaftliche Vertrauen in die Polizei ungebrochen und wir werden weiterhin so sozialisiert, dass wir Polizei als „natürliche Institution“ wahrnehmen. Dadurch wird ein Infragestellen ihrer Rolle und Rechte von vorneherein verhindert – mit schlimmen Folgen nicht nur für Betroffene sondern für alle Menschen. Aus geschichtlichen Zusammenhängen verbunden mit einer Analyse der heutigen Stellung der Polizei sollen verschiedene grundsätzliche Fragen beantwortet werden: Was waren und sind Gründe für die Existenz der Polizei? Wie war das Leben bevor es sie gab? Ist ein polizeiliches Gewaltmonopol heute noch zeitgemäß und notwendig? Ginge es auch anders?

Die vorgestellten Ideen sollen anregen, inspirieren und vielleicht auch Hoffnung wecken – auf eine bessere Welt ohne Polizei.

Das KoalaKollektiv hat zu dem Vortrag eingeladen und wird ihn moderieren.
Zuganglink https://www.club-voltaire.de/cv_frankfurt_org/veranstaltungen/veranstaltungen/va-2759

20.30 Uhr. Die Veranstaltung findet mit Hilfe der Software Big Blue Button online statt.

27. Februar Samstag

„Aus der Vergangenheit lernen – Demokratie schützen“

Menschenkette um die Paulskirche
nten symbolischen Angriff auf die Pauls
12 - 15 Uhr, Paulskirche
siehe Seite 1

Fahrraddemo „Corona - Kapitalismus - Krise“

13 Uhr, Merianplatz

siehe Seite 1

3. März Mittwoch

***online* Immer noch da: Klimakrise**
Podiumsdiskussion: Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik!

Mit: Heiko Nickel, VCD und Umweltbündnis AKUT in Frankfurt am Main /

Klaus Oesterling, Verkehrsdezernent der Stadt Frankfurt am Main / Jolanta Skalska, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) / Winfried Wolf, Verkehrsexperte. Die Fridays for Future-Bewegung hatte es geschafft: Die Klimakrise war in aller Munde, der verbrennungsbasierte Individualverkehr und Fliegen als verbreitete Art des Reisens auf dem Prüfstand. Die Covid19-Pandemie hat das Thema aus den Schlagzeilen verdrängt. Doch drängt sich die Frage auf: Was nützt uns ein Impfstoff, wenn der Planet zerstört ist?

Wir möchten anknüpfen an die Debatte und ins Gespräch kommen über die Frage, wie eine sozialökologische Wende in der Verkehrspolitik aussehen sollte. Angefangen von den großen Fragen bundesweiter Verkehrspolitik – welche Weichenstellungen brauchen wir für Schienen-, Straßen- und Flugverkehr? – bis zur regionalen und lokalen Ebene. Denn hier ist der Ort, an dem es gelingen kann, die Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen, regelmäßig auf klimafreundlichere Verkehrsmittel zu setzen.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach Quantität und Qualität öffentlicher Mobilitäts-Angebote und auch nach der sozialen Dimension von Mobilität: Die Nutzung von Angeboten des öffentlichen Personenverkehrs darf nicht am Geldbeutel scheitern. Eine ökologische Verkehrswende muss zudem sozialverträglich gestaltet sein – auch für die Beschäftigten etwa in Verkehrsbetrieben und der Fahrzeugindustrie.

Veranstaltung der Reihe „Gesellschaft im Corona-Kapitalismus“ von DGB Frankfurt, IG Metall Frankfurt, ver.di Frankfurt und Haus am Dom.

19 Uhr, <https://youtu.be/VGoH6deTfRk>

VORSCHAU

8. März Montag

Internationaler Frauentag

Kundgebung und Aktionen zum Internationalen Frauentag auf der Hauptwache. Demonstration der Frankfurter Frauenverbände von der Hauptwache zum DGB-Haus. Frankfurter Aktionsbündnis zum 8. März 16 - 18 Uhr, Hauptwache

Thema der Vereinten Nationen zum Internationalen Frauentag: „Frauen in Führungspositionen: für eine gleichberechtigte Zukunft in einer COVID-19-Welt“.